

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EUROPÄISCHER RAT AM 24./25.03.2011 IN BRÜSSEL: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Im Mittelpunkt stand die Annahme des umfassenden Maßnahmenpakets, mit dem der Europäische Rat (ER) hofft, die Stabilität des Euro nachhaltig zu sichern, die Finanzkrise endgültig zu überwinden und zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum zurückzukehren. Dazu gehören u. a. der Beschluss über die Änderung von Art. 136 AEUV, die Festlegung der konkreten Ausgestaltung des neuen Europäischen Stabilitätsmechanismus, der „Euro-Plus-Pakt“ für Wettbewerbsfähigkeit und die Festlegung der Position des Rats zu dem Legislativpaket zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung. Ein weiteres Hauptthema war die Situation in Japan. Erneut befasste sich der ER mit der Lage in Libyen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/120313.pdf

EP-PLENUM AM 23./24.03.2011 IN BRÜSSEL: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Im Mittelpunkt der Debatten stand die Sitzung des ER, die unmittelbar im Anschluss an das EP-Plenum begann. Die wichtigste Entscheidung war die Zustimmung zur vor Einführung des neuen Europäischen Stabilitätsmechanismus nötigen Änderungen von Art. 136 AEUV. Außerdem nahm das EP in einer „Entschließung zur Lage in Japan und insbesondere zum Alarmzustand in den Kernkraftwerken“ Stellung.

GEMEINSAMES TRANSPARENZREGISTER VON KOMMISSION UND EP – LANDESVERTRETUNGEN DROHT GLEICHSTELLUNG MIT PRIVATEN LOBBYISTEN

Eine von Kommissionvizepräsident *Šefčovič* und EP-Vizepräsidentin *Wallis* geleitete Arbeitsgruppe hat den Entwurf eines Gemeinsamen Transparenzregisters vereinbart, in dem die Interessenvertreter-Listen von Kommission und EP zusammengeführt werden sollen. Wie bisher ist im Entwurf klargestellt, dass das Register regionale und lokale Gebietskörper-



schaften nicht betrifft. Allerdings soll von ihren Vertretungen oder Büros bei den EU-Institutionen künftig eine Eintragung erwartet werden. Die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, *Emilia Müller*, wandte sich gegen die Unterscheidung zwischen Ländern und ihren Vertretungen und forderte im Rahmen der laufenden Beratungen des Konstitutionellen Ausschusses im EP über die Zustimmung zum Gemeinsamen Transparenzregister eine Klarstellung, dass weder regionale Gebietskörperschaften, noch die zu ihrer Verwaltung gehörenden Vertretungen und Büros in Brüssel zur Eintragung ins Gemeinsame Transparenzregister verpflichtet sind.

BULGARIEN UND RUMÄNIEN: RAT BEKRÄFTIGT ZWISCHENBERICHT DER KOMMISSION ZUM KOOPERATIONS- UND ÜBERPRÜFUNGS-MECHANISMUS

Der Rat hat Schlussfolgerungen zum Kooperations- und Überprüfungsmechanismus für Bulgarien und Rumänien angenommen und unterstützt die Zwischenberichte der Kommission vom 18.02.2011 über Fortschritte und noch offene Anstrengungen beider Länder bei der Justizreform sowie der Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st07/st07556.de11.pdf>

KORRUPTIONSAFFÄRE UM DREI EUROPAABGEORDNETE

Wegen einer von der britischen Zeitung *Sunday Times* aufgedeckten Korruptionsaffäre haben die MdEP *Ernst Strasser* (EVP/Österreich) und *Zoran Thaler* (S&D/Slowenien) ihr Mandat niedergelegt. MdEP *Adrian Severin* (S&D/Rumänien) wurde aus seiner Fraktion ausgeschlossen. Die drei Abgeordneten hatten sich bereit erklärt, Änderungsanträge zu stellen, dafür seien ihnen Geldzahlungen zwischen 12.000 und 100.000 € in Aussicht gestellt worden. MdEP *Severin* wurde von EP-Präsident *Buzek* und den Fraktionsvorsitzenden von EVP und S&D, *Daul* und *Schulz*, zur Rückgabe seines Mandats aufgefordert.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

GRÜNBUCH UND KONSULTATION ZUM ONLINE-GLÜCKSSPIEL

Die Kommission hat am 24.03.2011 ein Grünbuch zum Online-Glücksspiel vorgelegt. Vor dem Hintergrund des stetig wachsenden Marktes für Online-



Gewinnspiele in Europa sollen im Rahmen der nunmehr eingeleiteten Konsultation Fragen rund um Online-Gewinnspieldienste erörtert werden. Ziel der Kommission ist keine Liberalisierung, sondern eine Regelung im Interesse aller. Beiträge zur Konsultation können bis zum 31.07.2011 eingesandt werden.

Text des Grünbuchs unter:

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/docs/2011/online_gambling/com2011_128_de.pdf

EP STIMMT ÜBER „RAHMENRICHTLINIE ARBEITNEHMERRECHTE“ AB

Nach dem Scheitern einer ersten Abstimmung über den Berichtsentwurf zum Vorschlag der Kommission vom 23.10.2007 für eine Richtlinie über ein einheitliches Verfahren zur Ausstellung einer einheitlichen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis an Drittstaatsangehörige und über Rechte von legal Berufstätigen aus Drittstaaten (sog. „Rahmenrichtlinie Arbeitnehmerrechte“), hat am 24.03.2010 eine Mehrheit der Abgeordneten für den Entwurf gestimmt. Es wird nun mit einer schnellen Einigung im Rat gerechnet.

EINWANDERUNG: LIBE-AUSSCHUSS NIMMT BERICHT ZUM EINHEITLICHEN ASYLVERFAHREN AN

Mit einer knappen Mehrheit wurde im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) gegen die Stimmen der EVP-Fraktion am 17.03.2011 der Bericht zur Überarbeitung der Asylverfahrensrichtlinie angenommen. Abgeordnete der EVP-Fraktion kritisierten den angenommen Text als nicht hinnehmbar, da er für die Mitgliedstaaten mehr Bürokratie bedeute und zu höheren Kosten führe. Im April soll sich das EP-Plenum mit dem Richtlinien-vorschlag beschäftigen.

RAT STIMMT RICHTLINIENENTWURF ÜBER INFORMATIONSAUSTAUSCH ZU STRASSENVERKEHRSDELIKTEN ZU

In seiner Sitzung vom 17.03.2011 hat der Rat dem Entwurf der Kommission einer Richtlinie zur grenzüberschreitenden Durchsetzung von Verkehrssicherheitsvorschriften zugestimmt. Mit der Richtlinie soll der Austausch von Fahrzeug- und Halterdaten zwischen den Mitgliedstaaten bei bestimmten Verkehrsverstößen geregelt werden. Die Kommission kritisierte in einer Mitteilung vom 21.03.2011 an das EP, das nun über die Richtlinie in zweiter Lesung



abstimmen muss, den Standpunkt des Rats, da dieser die von der Kommission gewählte Rechtsgrundlage ausgetauscht habe und dadurch das Ziel der Richtlinie, die Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit in der gesamten EU, gefährdet werde.

KOMMISSION SCHLÄGT ÄNDERUNG DES SCHENGENER GRENZKODEX VOR

Die Kommission hat eine Änderung des Schengener Grenzkodex vorgeschlagen, um den Personenverkehr an den Binnen- und Außengrenzen der EU auf kontrollierte Weise zu erleichtern. Nach vier Jahren der praktischen Anwendung des Regelwerks hätten sich einige praktische und technische Änderungen als notwendig erwiesen, die dem System zugrunde liegenden Prinzipien sollen allerdings nicht geändert werden. Durch die neuen Vorschriften solle der Verwaltungsaufwand für Reisende zurückgehen.

Text der Pressemitteilung unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/275&format=TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

KONSULARISCHER SCHUTZ UND HILFE FÜR UNIONSBÜRGER IN DRITTLÄNDERN SOLL VERBESSERT WERDEN

Die Kommission hat am 23.03.2011 eine Mitteilung zum konsularischen Schutz der EU-Bürger in Drittstaaten vorgelegt. Darin legt sie dar, dass sie verstärkt über das Recht der Unionsbürger informieren will, sich in Notfällen und Krisen an die konsularische oder diplomatische Vertretung jedes beliebigen EU-Mitgliedstaats zu wenden, wenn das eigene Land in dem betreffenden Staat nicht vertreten ist. Zudem sollen innerhalb eines Jahres Legislativvorschläge vorgelegt werden, die u. a. die Verbesserung der Rechtssicherheit, die Koordination zur Erleichterung des konsularischen Schutzes und eine Regelung des finanziellen Ausgleichs für den konsularischen Schutz in Krisensituationen zum Ziel haben sollen.

Text der Mitteilung unter:

http://ec.europa.eu/justice/policies/citizenship/docs/com_2011_149_de.pdf

Website der Kommission zum konsularischen Schutz:

<http://ec.europa.eu/consularprotection>



MITTEILUNG ZUR REFORM DER BEIHILFEVORSCHRIFTEN ÜBER DIENSTLEISTUNGEN VON ALLGEMEINEM WIRTSCHAFTLICHEM INTERESSE

Die Kommission hat am 23.03.2011 eine Mitteilung zur Reform der Beihilfevorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) sowie einen Bericht über die Anwendung der EU-Beihilfevorschriften über DAWI seit 2005 veröffentlicht. Die Dokumente berücksichtigen die Ergebnisse einer öffentlichen Konsultation, die von Juni bis September 2010 stattgefunden hat, sowie der Berichte der Mitgliedstaaten über Umsetzung der Vorschriften des sog. „Altmark-/Monti-Pakets“, die diese bis 2008 abzugeben hatten.

Mit der Mitteilung möchte die Kommission eine Debatte über die Reform des Altmark-/Monti-Pakets anstoßen.

Fragen und Beiträge zur Konsultation:

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2010_sgei/index_de.html

Berichte der Mitgliedstaaten:

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2010_sgei/reports.html

Mitteilung vom 23.03.2011:

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/sgei_communication_de.pdf

Anwendungsbericht (nur in Englisch verfügbar):

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/sgei_report_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

EP-VOTUM ZUR VERBRAUCHERRECHTERICHTLINIE

In der Plenarsitzung am 24.03.2011 stimmte das EP über zahlreiche Änderungsanträge zur Verbraucherrechterichtlinie ab, ohne dass dies aber schon die erste Lesung war. Das Dossier wurde vom Plenum zurück an den Ausschuss gegeben, damit Triloggespräche mit Rat und Kommission für eine Einigung in erster Lesung stattfinden können.

KOMMISSION SCHLÄGT VO ZUM INTERNATIONALEN GÜTERRECHT VOR

Die Kommission hat am 16.03.2011 zwei Verordnungsvorschläge zur Regelung des Internationalen Güterrechts sowie eine erläuternde Mitteilung



vorgelegt. Der Vorschlag enthält je eine Verordnung des Internationalen Güterrechts für Ehen und für eingetragene Partnerschaften. Diese Verordnungen klären, welches Recht bei der Auflösung der Beziehung auf den Güterstand des Paares anzuwenden sind und welches Gericht zuständig ist. Darüber hinaus sehen die Verordnungen ein einheitliches Verfahren zur Anerkennung und Vollstreckung von güterrechtlichen Entscheidungen vor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/320&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/175&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR REFORM DES EU-AMTES FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)

Die Kommission hat am 17.03.2011 einen Vorschlag zur Reform des EU-Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) angenommen. Der Vorschlag will sicherstellen, dass die Untersuchungen von OLAF mit größerer Effizienz durchgeführt und weiterverfolgt werden, dass die Rechte der Personen, gegen die ermittelt wird, geschützt werden und die Zusammenarbeit zwischen OLAF und seinen strategischen Partnern bei der Betrugsbekämpfung gestärkt wird. Im Haushaltskontrollausschuss des EP stieß der Vorschlag bei der EVP-Fraktion inzwischen schon auf scharfe Kritik, weil er viele Vorschläge des EP nicht aufgreift.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/321&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/176&format=HTML&aged=0&language=IT&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES EUROPÄISCHEN RATES VOM 24./25.03.2011 –GESCHÄFTSBEREICH DES STMF

Auf dem Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates (ER) am 24./25.03.2011 standen neben der Situation in Libyen und Japan vor allem finanz- und wirtschaftspolitische Themen im Zentrum. Der ER hat ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung und dauerhaften Stabilisierung des Euroraums verabschiedet. Insbesondere hat der ER die



Ergänzung des Art. 136 AEUV beschlossen, um die Grundlage für die Einrichtung eines permanenten Krisenmechanismus für den Euroraum zu schaffen, und sich auf die wesentlichen Eckpunkte zur Ausgestaltung des dauerhaften Krisenmechanismus ESM verständigt. Der ESM wird über eine effektive Darlehenskapazität von 500 Mrd. € verfügen. Um diese zu erreichen und ein AAA-Rating sicherzustellen, erhält der ESM ein gezeichnetes Kapital von insgesamt 700 Mrd. €. Davon werden 80 Mrd. € in Form von eingezahltem Kapital bereitgestellt, die ab Juli 2013 in fünf gleichen jährlichen Tranchen eingezahlt werden. Die restlichen 620 Mrd. € bestehen aus einer Mischung aus abrufbarem Kapital und Bürgschaften der Mitgliedstaaten. Die höchsten Kapitalanteile haben – entsprechend dem EZB-Kapitalschlüssel – Deutschland (über 27 %), Frankreich (über 20 %), Italien (knapp 18 %) und Spanien (knapp 12 %). Die wesentlichen Entscheidungen werden im ESM einstimmig getroffen. Der ESM gewährt – auf Antrag eines Mitgliedstaates des Euroraums – Finanzhilfen, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euroraums insgesamt zu wahren. Die Finanzhilfe wird in der Regel in Form von Darlehen gewährt und unterliegt strengen Auflagen. In Ausnahmefällen kann der ESM auch auf dem Primärmarkt für Staatsanleihen tätig werden. Über Art und Ausmaß der Privatgläubigerbeteiligung soll von Fall zu Fall entschieden werden. Noch nicht dargestellt ist, wie die geplante Ausweitung der effektiven Darlehenskapazität des vorübergehenden Krisenmechanismus EFSF erreicht wird. Ziel ist, dass der ESM-Vertrag und die für die Erhöhung der EFSF-Kapazität notwendige Änderung der EFSF-Vereinbarung vor Ende Juni unterzeichnet werden. Weiterer wesentlicher Baustein des umfassenden Maßnahmenpakets ist der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit, der nunmehr offiziell als „Euro-Plus-Pakt“ bezeichnet wird. Mit diesem Pakt soll eine neue Qualität der wirtschaftspolitischen Koordination im Euroraum erreicht werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und ein größeres Maß an Konvergenz zu erreichen. Dänemark, Polen, Bulgarien, Rumänien, Lettland und Litauen sind dem Pakt beigetreten. Der Pakt umfasst folgende Handlungsbereiche: Förderung der Wettbewerbsfähigkeit (v. a. Lohnpolitik), die Förderung von Beschäftigung, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die Stärkung der Finanzstabilität und die Koordinierung der Steuerpolitik. Daneben umfasst das Maßnahmenpaket das Legislativpaket zur verstärkten wirtschaftspolitischen Steuerung, auf das sich der ECOFIN-Rat am 15.03.2011 politisch geeinigt hat, die Wiederherstellung eines gesunden Bankensektors und verbesserte Darlehensbedingungen für



Griechenland.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/120313.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 15.03.2011

Der ECOFIN-Rat hat in seiner Sitzung am 15.03.2011 eine politische Einigung zum Legis-lativpaket zur Verstärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung erreicht, in das auch die Ergebnisse der Task Force unter Leitung des Präsidenten des ER, *Van Rompuy*, eingeflossen sind. Das Paket besteht aus sechs Legislativakten, mit dem der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft und ein Instrumentarium zur Vermeidung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte geschaffen wird. Der präventive Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird gestärkt. Eine wesentliche Neuerung im korrektiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist die stärkere Berücksichtigung des Schuldenstandskriteriums im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Sanktionen sollen künftig zu einem früheren Zeitpunkt und automatischer greifen. Hierzu wird das Prinzip der umgekehrten Abstimmung eingeführt. Zur stärkeren makroökonomischen Steuerung soll ein Verfahren bei einem übermäßigen Ungleichgewicht geschaffen werden. Auf der Grundlage verschiedener Indikatoren soll das Risiko von makroökonomischen Ungleichgewichten künftig regelmäßig bewertet werden. Bei wiederholter Nichtbeachtung der Empfehlungen des Rates in diesem Bereich können Sanktionen verhängt werden. Polen und Ungarn haben Anfang März zusätzliche Sparmaßnahmen angekündigt, die von der Kommission als Schritt in die richtige Richtung bewertet wurden. Der Rat hat vor diesem Hintergrund zwar zunächst keine weiteren Schritte in den Defizitverfahren gegen Polen und Ungarn eingeleitet. Die beiden Mitgliedstaaten wurden aber aufgefordert, die Vorgaben des Rates zur Defizit-reduzierung strikt einzuhalten. Daneben hat der Rat die Verordnung zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem angenommen. Diese Verordnung enthält einige Klarstellungen zur Mehrwertsteuersystemrichtlinie (z. B. in Bezug auf die steuerpflichtigen Personen, auf Lieferungen und Leistungen sowie auf den Ort der Leistung).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/119938.pdf



VORSCHLAG DER KOMMISSION FÜR EINE RICHTLINIE ÜBER EINE GEMEINSAME KONSOLIDIERTE KÖRPERSCHAFTSTEUER-BEMESSUNGSGRUNDLAGE (GKKB)

Die Kommission hat am 16.03.2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie über eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) veröffentlicht. Mit dem Richtlinienentwurf wird für grenzüberschreitend tätige Unternehmen eine einheitliche Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage definiert. Es handelt sich dabei um ein optionales System, das neben die bestehenden nationalen Körperschaftsteuerregime tritt. Die GKKB eröffnet grenzüberschreitend tätigen Unternehmen die Möglichkeit, Verluste und Gewinne auch grenzüberschreitend in der EU zu verrechnen. Grenzüberschreitend tätige Unternehmen hätten zudem den Vorteil, dass sie es nur noch mit einer einzigen Steuerverwaltung zu tun haben. Die Steuerbemessungsgrundlage des Unternehmens wird dann auf der Grundlage einer einzigen Steuererklärung nach einer speziellen Formel zwischen den Mitgliedstaaten aufgeteilt. Eine Harmonisierung der Steuersätze ist mit der GKKB nicht verbunden.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/index_de.htm

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/119938.pdf

GRÜNBUCH UND KONSULTATION ZUM ONLINE-GLÜCKSSPIEL

Die Kommission hat am 24.03.2011 ihr Grünbuch zum Online-Glücksspiel in der EU veröffentlicht und damit eine öffentliche Konsultation eingeleitet. Die Kommission möchte sich mit der Konsultation einen Überblick über die aktuelle Situation auf dem EU-Markt für Online-Glücksspiele sowie die teils sehr unterschiedlichen nationalen Regulierungsmodelle verschaffen. Kommissar *Barnier* stellte klar, dass die Konsultation nicht auf eine Liberalisierung, sondern auf eine zuverlässige Regulierung des Markts abziele. Es müsse sichergestellt werden, dass die angebotenen Dienste seriös sind und ordnungsgemäß reguliert werden. Die Konsultation läuft bis 31.07.2011.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/186&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/358&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>



ZWEITE RUNDE VON EU-WEITEN BANKENSTRESSTESTS

Die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) hat am 18.03.2011 Details zu den neuen Stresstests für bedeutende europäische Banken bekanntgegeben. Die Tests sollen zwischen März und Juni 2011 durchgeführt werden. Die Stresstests, die die Jahre 2011 und 2012 abbilden sollen, basieren auf zwei Szenarien: einem Basisszenario, das auf der Herbstprognose der Kommission beruht, und einem schwachen Szenario. Das schwache Szenario geht im Vergleich zur Kommissionsprognose von einer kumulativen Verschlechterung des BIP von vier Prozentpunkten über zwei Jahre aus. Insgesamt fallen die neuen Stresstests deutlich strenger aus als die im Jahr 2010 durchgeführten Stresstests.

<http://www.eba.europa.eu/News--Communications/Year/2011/The-EBA-publishes-details-of-its-stress-test-scena.aspx?print=true>

LEITLINIEN DES EP ZUM EU-HAUSHALT 2012

Am 24.03.2011 hat das EP mit einer EntschlieÙung seine Leitlinien zum EU-Haushalt 2012 verabschiedet. Aus Sicht des EP muss sich der Haushalt 2012 auf die Umsetzung der Leitziele der EU-2020-Strategie konzentrieren (Beschäftigung, Innovation, Forschung und Entwicklung, Klimaschutz und Energie, Bildung und soziale Integration). Eine Begrenzung oder Kürzung der Haushaltsmittel in diesen Bereichen lehnt das EP ab. Das EP geht zudem davon aus, dass die Ausgaben im EU-Haushalt im Jahr 2012, dem sechsten Jahr des gegenwärtigen mehrjährigen Finanzrahmens, nicht unwesentlich steigen werden. Die Kommission wird ihren Vorschlag für den EU-Haushalt 2012 am 20.04.2011 vorlegen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0114+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR REFORM DES EU-AMTES FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)

Die Kommission hat am 17.03.2011 einen Vorschlag zur Reform des EU-Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) angenommen. Der Vorschlag will sicherstellen, dass die Untersuchungen von OLAF mit größerer Effizienz durchgeführt und weiterverfolgt werden, dass die Rechte der Personen, gegen die ermittelt wird, geschützt werden und die Zusammenarbeit zwischen OLAF und seinen strategischen Partnern bei der Betrugsbekämpfung gestärkt wird.



Im Haushaltskontrollausschuss des EP stieß der Vorschlag bei der EVP-Fraktion inzwischen schon auf scharfe Kritik. „Die Kommission will in weiten Teilen die verbindlichen Zusammenarbeits- und Informationspflichten für die Mitgliedstaaten und das Europaparlament abschwächen. So kommen wir nicht zu einer besseren Betrugsbekämpfung in Europa“, sagte die Berichterstatterin des EP, *Inge Gräßle* (EVP/CDU). Die EVP fordert klare Vorgaben für Statusberichte und Follow-Up-Maßnahmen, wenn Verfahren den nationalen Behörden übergeben wurden. Mit den Vorschlägen zur künftigen Prozedur der Nominierung des OLAF-Generaldirektors ist die EVP ebenfalls nicht einverstanden. Schon ein Jahr vor Ablauf der Amtszeit soll die Ausschreibung veröffentlicht werden und ein umfassendes Anforderungsprofil enthalten. Schließlich soll der Generaldirektor auch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) anrufen können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/321&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/176&format=HTML&aged=0&language=IT&guiLanguage=en>

ECON-AUSSCHUSS DES EP NIMMT INITIATIVBERICHT ZUR REGULIERUNG VON RATINGAGENTUREN AN: KEIN VERBOT VON STAATSSCHULDENBEWERTUNGEN, ABER MEHR TRANSPARENZ GEFORDERT

Der ECON-Ausschuss des EP hat am 16.03.2011 einen Initiativbericht (Berichterstatter Wolf Klinz, DEU, ALDE) zur zukünftigen Regulierung von Ratingagenturen angenommen. Umstritten war vor allem der Bereich des Staatsschuldenratings: Während insbesondere Sozialdemokraten hier erhebliche Beschränkungen für Ratingagenturen forderten, belässt es der Bericht bei verstärkten Transparenzregeln, etwa für die benutzte Methodologie; wegen dieser Position enthielten sich die Abgeordneten der S&D-Fraktion der Stimme (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110314IPR15465/html/Toughening-up-credit-rating-agency-rules>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES EUROPÄISCHEN RATES VOM 24./25.03.2011 – GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT

Zwei Themen des ER sind für den Geschäftsbereich des StMWIVT von besonderem Interesse: die wirtschafts- und finanzpolitischen Beschlüsse sowie die Schlussfolgerungen zu den „Stresstests“ für die Kernkraftwerke der EU in Folge des Unfalls der japanischen Kernkraftanlage in Fukushima. Das vom ER beschlossene Maßnahmenpaket zur Sicherung der Stabilität des Euroraums sowie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit besteht aus mehreren Komponenten: Zum einen hat der ER die Änderung von Art. 136 AEUV im Hinblick auf die Einrichtung eines dauerhaften Krisenmechanismus (ESM) sowie die Ausgestaltung dieses Mechanismus beschlossen: Der Fonds wird im Ergebnis 500 Mrd. € an Krediten vergeben können, geknüpft an strenge makroökonomische Auflagen für den Schuldnerstaat. Um von vornherein die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Staaten zu verbessern und damit einer Inanspruchnahme des Rettungsfonds vorzubeugen, einigte man sich zudem auf einen freiwilligen „Euro-Plus-Pakt“ (ursprünglich als „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ bezeichnet), dem sich neben den Euro-Staaten auch Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien anschlossen. Weiterhin nahm der ER Schlussfolgerungen zu den sechs Kommissionsvorschlägen zur wirtschaftspolitischen Koordinierung („six pack“) mit der Zielvorgabe einer endgültigen Verabschiedung bis Juni 2011 an, die u. a. eine striktere Sanktionierung von Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt vorsehen. Der ER erzielte weiterhin eine Einigung über die Prioritäten für die Haushaltskonsolidierung und für Strukturreformen im Rahmen des laufenden „Europäischen Semesters“. Schließlich bekennen sich die Mitgliedstaaten dazu, einen gesunden Bankensektor zu gewährleisten (Durchführung von „Stresstests“ für Banken). Im Bereich Nuklearsicherheit hat der ER die „umfassende und transparente Risiko- und Sicherheitsbewertung“ (ebenfalls als „Stresstests“ geläufig) für die 143 europäischen Kernkraftwerke nun erstmals in Schlussfolgerungen abgesegnet. Bei der Diskussion über die zukünftige Rolle der Atomkraft im Energiemix der EU-Mitgliedstaaten gingen die Auffassungen erheblich auseinander. Einmütig wurde allerdings betont, dass der Energiemix auch zukünftig in die nationale Zuständigkeit falle. Weiterhin wurde die Kommission beauftragt, das bestehende EU-Regelwerk zur kerntechnischen Sicherheit zu



überprüfen und bis Ende 2011 mögliche Verbesserungen vorzuschlagen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/120313.pdf

KOMMISSION LEGT WEISSBUCH VERKEHR VOR: VERKEHRSSSEKTOR SOLL BIS 2050 60 % EMISSIONEN REDUZIEREN

Die Kommission hat am 28.03.2011 das Weißbuch Verkehr mit dem Titel „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ vorgelegt. Mit 40 konkreten Maßnahmenvorschlägen für die nächsten Jahre will sie für alle Verkehrsträger einen einheitlichen europäischen Verkehrsraum für mehr Wettbewerb schaffen. Ein vollständig integriertes Verkehrsnetz soll die verschiedenen Verkehrsträger miteinander verknüpfen („Multimodaler Verkehr“). Klimapolitisch ist es das Ziel der Kommission, bis zum Jahr 2050 eine Reduzierung der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen um 60 % zu erreichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/372&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION PRÄSENTIERT REFORMIDEEN FÜR DIE BEIHILFEREGELN FÜR DASEINSVORSORGELEISTUNGEN

Die Kommission hat am 23.03.2011 eine Mitteilung zur Reform der Beihilfavorschriften für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) sowie einen Bericht über die Anwendung des geltenden Beihilferechts seit 2005 (sog. „Altmark“-Paket, auch als „Monti“-Paket bekannt) vorgelegt. Mit der Mitteilung stellt die Kommission die Richtung ihrer Reformüberlegungen vor, allerdings noch nicht einen konkreten Textentwurf für die einzelnen Änderungen. Aus Sicht der Kommission haben sich die Vorschriften im Grundsatz bewährt. Mit der anstehenden Überarbeitung möchte die Kommission zum einen bei verschiedenen Fragen mehr Rechtssicherheit erreichen, zum anderen sollen die Vorschriften je nach Art und Umfang der bezuschussten Dienstleistungen zukünftig stärker differenzieren: Vereinfachte Prüfungen bei nur eher lokal wirkenden Dienstleistungen, intensivere Prüfung bei „großen kommerziellen Diensten“.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/347&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



BINNENMARKTANZEIGER: MITGLIEDSTAATEN HALTEN SELBST GESTECKTES ZIEL BEI DER UMSETZUNG VON BINNENMARKT-VORSCHRIFTEN EIN

Die Kommission hat am 21.03.2011 die 22. Ausgabe des Binnenmarktanzeigers veröffentlicht, in dem die Umsetzung der Binnenmarkttrichtlinien durch die Mitgliedstaaten sowie die laufenden Vertragsverletzungsverfahren in diesem Bereich analysiert werden. Im Schnitt sind danach 0,9 % der Binnenmarkttrichtlinien nach Ablauf der jeweiligen Umsetzungsfrist noch nicht in nationales Recht umgesetzt. Damit erfüllen die Mitgliedstaaten gerade noch die selbst gesetzte Vorgabe von maximal 1,0 % Umsetzungsdefizit aus dem Jahr 2007. Im Hinblick auf die Vertragsverletzungsverfahren sei in den letzten sechs Monaten ein Rückgang um 11 % zu beobachten. Die meisten Verfahren betreffen die Bereiche „Steuern und Zollunion“ sowie „Umwelt“.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/329&format=TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ECON-AUSSCHUSS DES EP NIMMT INITIATIVBERICHT ZUR REGULIERUNG VON RATINGAGENTUREN AN: KEIN VERBOT VON STAATSSCHULDENBEWERTUNGEN, ABER MEHR TRANSPARENZ GEFORDERT

Der ECON-Ausschuss des EP hat am 16.03.2011 einen Initiativbericht (Berichterstatter *Wolf Klinz*, DEU, ALDE) zur zukünftigen Regulierung von Ratingagenturen angenommen. Umstritten war vor allem der Bereich des Staatsschuldenratings: Während insbesondere Sozialdemokraten hier erhebliche Beschränkungen für Ratingagenturen forderten, belässt es der Bericht bei verstärkten Transparenzregeln, etwa für die benutzte Methodologie; wegen dieser Position enthielten sich die Abgeordneten der S & D-Fraktion der Stimme.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110314IPR15465/html/Toughening-up-credit-rating-agency-rules> (PM auf EN)

EP-VOTUM ZUR VERBRAUCHERRECHTERICHTLINIE

In der Plenarsitzung am 24.03.2011 stimmte das EP über zahlreiche Änderungsanträge zur Verbraucherrechterichtlinie ab, ohne dass dies aber schon die erste Lesung war. Hintergrund dieses sehr ungewöhnlichen Verfahrens ist, dass der Berichterstatter (*Andreas Schwab* (DEU, EVP) bislang im IMCO-Ausschuss kein Mandat für Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission



erlangte, um diese Richtlinie in erster Lesung abzuschließen. Das Dossier wurde jetzt vom Plenum zurück an den Ausschuss gegeben, damit die Triloggespräche nunmehr stattfinden können. Besonders die Rechte von Online-Käufern sollen mithilfe verschiedener Maßnahmen gestärkt werden, wovon man sich einen Anstieg des Konsumentenvertrauens erhofft. Nach dem Votum des Plenums soll etwa ein einheitliches, EU-weites 14-tägiges Widerrufsrecht für alle online geschlossenen Verträge entstehen. Zudem sollen Händler zur Lieferung von Waren in andere Mitgliedstaaten verpflichtet werden. Dies wird aus Kreisen des Handels und der Industrie als Verstoß gegen die Grundrechtecharta harsch kritisiert (s. auch Beitrag des StMJV in diesem EB).

KONSULTATION ZUR EUROPÄISCHEN SICHERHEITSINDUSTRIE

Am 14.03.2011 hat die Kommission eine Konsultation über Möglichkeiten der Förderung der europäischen Sicherheitsindustrie gestartet. Sie sieht in der EU in diesem Sektor eine nur schwache industrielle Basis und einen stark zersplitterten Binnenmarkt. Sie möchte daher ein Schnellverfahren zur Genehmigung vorrangiger Technologien entwickeln, die Normung verbessern, die Koordinierung des öffentlichen Beschaffungswesens in diesem Bereich prüfen und die Forschung und Innovation bei Sicherheitstechnologien fördern. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis zum 13.05.2011 möglich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/315&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IMCO-AUSSCHUSS DES EP FORDERT ZWINGENDE HERKUNFTSKENNZEICHNUNG FÜR TEXTILIEN

Der IMCO-Ausschuss des EP hat am 21.03.2011 in zweiter Lesung mit großer Mehrheit (30 Zustimmungen bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen) einen Bericht (Berichterstatter *Toine Manders*, NL, ALDE) für eine neue Verordnung zu Textilbezeichnungen und zur Etikettierung von Textilerzeugnissen angenommen. Danach sollen Herkunftslandangaben bei Textilimporten aus Drittstaaten obligatorisch werden. Nach Ansicht des EP würde eine solche Pflicht die Transparenz der Herkunft für Verbraucher verbessern, zudem könnten Hersteller aus der Produktion oder Verarbeitung in der EU Vorteile ziehen. Die Vorschläge des EP decken sich weitgehend mit den Forderungen in erster Lesung. Sie wurden allerdings vom Rat zurückgewiesen und werden auch von



der deutschen Textilindustrie als irreführend und ungeeignet abgelehnt.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110318IPR15855/html/Made-in-labels-should-be-compulsory-for-textiles>

EUROBAROMETER – ÖKO-INNOVATIONEN ZUR BEWÄLTIGUNG VON KOSTENSTEIGERUNGEN UND MATERIALKNAPPHEIT

Am 22.03.2011 hat die Generaldirektion Umwelt der Kommission die Ergebnisse der Eurobarometer-Studie (Nr. 315) auf dem 10. Europäischen Forum für Umweltinnovation im englischen Birmingham präsentiert. Ziel der Umfrage war es, die Einstellung europäischer Unternehmen zur Umweltinnovation zu erörtern, sprich zu Produkten, Verfahren sowie anderen Lösungen, die einen Beitrag zum Umweltschutz und einem verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen leisten. Demnach gehen 90 % der befragten Unternehmen von weiteren Preissteigerungen, insbesondere von einem Anstieg der Energiepreise, in den nächsten Jahren aus. Angesichts knapper werdender Ressourcen sowie der damit einhergehenden Preisschwankungen erscheine die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zunehmend gefährdet. Insgesamt beteiligten sich 5.222 kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) aus 27 Mitgliedstaaten (s. auch Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_315_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 17.03.2011 IN BRÜSSEL

Am 17.03.2011 fand der Agrarrat in Brüssel statt. Der Rat nahm die Schlussfolgerungen der ungarischen Ratspräsidentschaft zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bis 2020 zur Kenntnis. Diese fanden Zustimmung von 20 Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschland. Das Vereinigte Königreich, Schweden, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Dänemark sprachen sich dagegen aus. Die Minister wurden von Kommissar *Dalli* über potentielle Konsequenzen aus den Krisenvorfällen in Japan für den Import von Lebens- und Futtermitteln sowie über eine externe Evaluierung der EU-Tierschutzpolitik informiert (s. auch Beitrag des StMUG in diesem EB). Es wurde keine Mehrheit für oder gegen die Zulassung des Inverkehrbringens von drei genetisch veränderten Pflanzensorten (zwei Maissorten, eine Baumwollsorte) gefunden. Als Konsequenz daraus kann nun die Kommission über die Zulassung entschei-



den. Agrarkommissar *Cioloș* informierte die Minister über die Lage auf dem Milchmarkt (vierteljährlicher Bericht) und über den Stand der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten. Die Minister führten eine Aussprache über die Vereinfachung der GAP. Eine Initiative der Niederlande und Dänemarks hierzu wird von 23 weiteren Mitgliedstaaten unterstützt.

Pressemitteilung zum Agrarrat vom 17.03.2011 in Brüssel:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/120011.pdf

Schlussfolgerungen der Präsidentschaft zur GAP bis 2020:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/120009.pdf

Vierteljährlicher Bericht der Kommission zum Milchmarkt:

http://ec.europa.eu/agriculture/markets/milk/quarterly_reports/03_2011_en.pdf

STAATSMINISTER BRUNNER PRÄSENTIERT AGRARKOMMISSAR CIOLOȘ 44 VORSCHLÄGE ZUM BÜROKRATIEABBAU

Bei der internationalen „Konferenz zum Bürokratieabbau in der GAP“, die am 14.03.2011 in Freising stattfand, stellte Landwirtschaftsminister *Helmut Brunner* die 44 bayerischen Vorschläge zum Bürokratieabbau vor. „Wir müssen die anstehende Reform der europäischen Agrarpolitik nutzen, um beim Bürokratieabbau endlich weiterzukommen“, so *Brunner* bei der Konferenz, an der neben EU-Agrarkommissar *Dacian Cioloș* auch *Dr. Edmund Stoiber*, Vorsitzender der Hochrangigen Gruppe Verwaltungslasten der Kommission, die Landwirtschaftsminister *Marek Sawicki* und *Kazimieras Starkevičius* aus Polen und Litauen, Staatssekretärin *Minna-Mari Kaila* aus Finnland, Staatssekretär *Dr. Robert Kloos* vom Bundeslandwirtschaftsministerium, der Vizepräsident der COPA, *Gerd Sonnleitner*, sowie hochrangige Vertreter von weiteren EU-Mitgliedstaaten, Bundesländern, dem bayerischem Landtag, Verbänden und Behörden teilnahmen. Wichtige Ansatzpunkte zum Bürokratieabbau sieht *Brunner* in EU-weit einheitlichen Schlüsselkriterien für die Vor-Ort-Kontrollen bei Cross-Compliance (CC), in ausreichenden Toleranzschwellen für Flächenmessungen und Rückforderungen sowie in der Nutzung leistungsfähiger Technik zur Reduzierung der Kontrollquoten bei CC und beim Kontrollsystem InVeKoS. Die bayerischen Vorschläge wurden von den anwesenden Vertretern begrüßt.



Weitere Informationen sowie die 44 bayerische Vorschläge zum Bürokratieabbau:

<http://www.stmelf.bayern.de/agrarpolitik/aktuell/41294/>

Rede von Agrarkommissar *Cioloş* in Freising:

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/ciolos/headlines/speeches/2011/03/20110314_munich_fr.pdf

EP-AGRARAUSSCHUSS: BERICHT ZUM MILCHPAKET VORGESTELLT

Am 15.03.2011 stellte *James Nicholson* (ECR/Vereinigtes Königreich) im Agrarausschuss des EP seinen Berichtsentwurf zum „Milchpaket“ vor. Danach könnte jeder Milcherzeuger einen Vertrag fordern und die Bündelung der nationalen Milchmenge in Erzeugergemeinschaften würde auf 20 % begrenzt. In der anschließenden Aussprache wurde insbesondere die Einführung von Mindestpreisen, die Integration von Genossenschaften in die Milchpaket-Regelungen und die vom Berichterstatter vorgeschlagene mögliche Bündelung der nationalen Milchmenge auf 20 % kontrovers diskutiert. Der Vertreter der Kommission stellte klar, dass das Milchpaket nicht auf alle Probleme eingehen könne. Im Wesentlichen müsse der Markt regulieren. Es seien jedoch zusätzlich Schutzmechanismen nötig. Änderungsanträge zum Berichtsentwurf konnten bis zum 22.03.2011 eingebracht werden.

Entwurf des Berichts zum „Milchpaket“ unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-456.663+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

BAYERISCHES RINDFLEISCH EUROPaweIT GESCHÜTZT

Das „Bayerische Rindfleisch“ ist seit dem 22.03.2011 europaweit geschützt. Die Bezeichnung „Bayerisches Rindfleisch“ oder „Rindfleisch aus Bayern“ wurde von der Kommission als geographisch geschützte Angabe (g. g. A.) in das europäische Register regionaltypischer Spezialitäten aufgenommen. Nur Rindfleisch, das genau festgelegte Herkunfts- und Qualitätsanforderungen erfüllt, darf diese Bezeichnung tragen. Der Antrag auf Eintragung wurde von der Landwirtschaftlichen Qualitätssicherung Bayern (LQB) gestellt und nach langjährigem Prüfverfahren genehmigt. Landwirtschaftsminister *Brunner* gratulierte der LQB zu diesem Erfolg und lobte den europaweiten Schutz als Möglichkeit, bayerische Produkte noch gezielter zu vermarkten und sie dadurch aufzuwer-



ten. Insgesamt sind in Europa rd. 1000 Produkte geographisch geschützt, darunter 19 bayerische, wie z. B. der „Allgäuer Bergkäse“, das „Bayerische Bier“ oder die „Nürnberger Bratwürste“.

Verordnung der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:076:0036:0037:DE:PDF>

Weitere Informationen zum Herkunftsschutz:

www.spezialitaetenland-bayern.de

UMWELTRAT BEFÜRWORTET GREENING IN DER 2. SÄULE DER GAP

Beim Umweltrat am 14.03.2011 befürworteten die EU-Umweltminister die Einbindung des „Greening-Elements“ in die 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Einige neue Mitgliedstaaten forderten ein starkes GAP-Budget. Bei der Diskussion zur zukünftigen GAP forderten die Minister, dass alle grünen Maßnahmen flexibel und an die lokalen Gegebenheiten angepasst sein müssten. In seiner Antwort sagte Umweltkommissar *Janez Potočnik*, dass das Zwei-Säulen-Modell eine solide Grundlage habe, das verpflichtende „Greening-Element“ jedoch in die 1. Säule gehöre und alle Landwirte in der EU einschließen sollte. Dies würde den Einfluss der europäischen Landwirtschaft auf Klima und Umwelt deutlich verbessern (s. auch Beitrag des StMUG in diesem EB).

EP-AGRARAUSSCHUSS: CIOLOȘ ZUM ARBEITSPROGRAMM BIS 2012

Bei der Sitzung des Agrarausschusses des EP am 15.03.2011 stellte Agrarkommissar *Cioloș* das Arbeitsprogramm bis 2012 vor. Als Schwerpunkte nannte er die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), das Qualitätspaket und das Milchpaket. Er kündigte eine Initiative zur Vermarktung europäischer Agrarprodukte an.

ZOLLFREIES IMPORTKONTINGENT FÜR 300.000 T ZUCKER

Der zuständige Verwaltungsausschuss entschied sich am 10.03.2011 für ein zollfreies Importkontingent von 300.000 t rohem oder raffiniertem Zucker in die EU. Frankreich, Polen und die Tschechische Republik stimmten gegen die Eröffnung einer Importquote. Sie hatten dies bereits beim letzten Agrarrat zum Ausdruck gebracht. Rumänien und Bulgarien enthielten sich der Stimme.



FORTSCHRITTE BEI DER BEKÄMPFUNG VON SALMONELLEN

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) haben am 22.03.2011 ihren gemeinsamen Bericht über Entwicklungen und Ursachen von Zoonosen in der EU 2009 veröffentlicht. Aufgrund der u. a. von den 27 Mitgliedstaaten gemeldeten Daten ergibt sich ein signifikanter Rückgang der Anzahl von Salmonellen-Erkrankungen bei Menschen innerhalb der letzten fünf Jahre. Dieser positive Trend wird v. a. den EU-Maßnahmen zur Bekämpfung von Salmonellen bei der Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 zugeschrieben, nach welcher die Mitgliedstaaten anhand bestimmter Zielvorgaben verstärkt Kontrollprogramme und Handelsbeschränkungen für Erzeugnisse aus befallenen Geflügelbeständen eingeführt haben.

<http://www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/doc/2090.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES EUROPÄISCHEN RATES VOM 24./25.03.2011

Auf dem Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates (ER) am 24./25.03.2011 standen neben der Situation in Libyen und Japan vor allem finanz- und wirtschaftspolitische Themen im Zentrum. Der ER hat ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung und dauerhaften Stabilisierung des Euroraums verabschiedet. Hierzu hat der ER die Ergänzung des Art. 136 AEUV beschlossen, um die Grundlage für die Einrichtung eines permanenten Krisenmechanismus für den Euroraum zu schaffen, und sich auf die wesentlichen Eckpunkte zur Ausgestaltung des dauerhaften Krisenmechanismus ESM verständigt (s. auch Beitrag des StMF in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/120313.pdf



EUGH: URTEIL IN EINEM LUXEMBURGER FALL: AUF EINEN RECHTSSTREIT ÜBER DEN ARBEITSVERTRAG FINDET DAS RECHT ANWENDUNG, IN DEM DER ARBEITNEHMER SEINE BERUFLICHEN PFLICHTEN ÜBERWIEGEND ERFÜLLT (C-29/10)

Am 15.03.2011 urteilte der EuGH in der Rechtssache Koelzsch/Großherzogtum Luxemburg (C-29/10) auf Vorlage des Cour d'appel de Luxembourg über das anwendbare Recht auf Einzelarbeitsverträge nach der Kollisionsnorm Art. 6 des Übereinkommens von Rom über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht in Zivil- und Handelssachen.
http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

EUROPÄISCHER RAT AM 24./25.03.2011: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMU

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben auf der Tagung des Europäischen Rates (ER) am 24./25.03.2011 zur Umsetzung der Europa 2020-Strategie Maßnahmen angekündigt, um trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierungen in die allgemeine und berufliche Bildung zu investieren. Darüber hinaus sollen auch im Rahmen des von den Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets geschlossenen Euro-Plus-Pakts Maßnahmen ergriffen werden, die den Bildungsbereich berühren.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/120313.pdf

RECHTSKRÄFTIGE ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS FÜR MENSCHENRECHTE: KRUFIXE IN KLASSENZIMMERN STELLEN KEINE VERLETZUNG DER EUROPÄISCHEN MENSCHENRECHTSKONVENTION DAR

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat rechtskräftig entschieden, dass das Aufhängen von Kruzifixen in Klassenräumen staatlicher Schulen keine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt. Der Gerichtshof betonte, dass die Staaten einen Beurteilungsspielraum genießen, wenn es darum geht, ihre Aufgaben auf dem Gebiet des Unterrichts mit der Achtung des Rechts der Eltern zu vereinbaren, die Erziehung ihrer Kinder entsprechend ihren religiösen Überzeugungen sicherzustellen.



Bayerische Politiker haben die Entscheidung ausdrücklich begrüßt. Europa-
ministerin *Emilia Müller* und Kultusminister *Dr. Ludwig Spaenle* sehen durch
das Straßburger Urteil den bayerischen Weg bestätigt, der für Kruzifixe in
Klassenzimmern eine Widerspruchslösung vorsieht.

Pressemitteilung und Urteil des EGMR sind unter folgenden Adressen zu fin-
den:

[http://cmiskp.echr.coe.int/tkp197/view.asp?action=open&documentId=883174&
por-
tal=hbkm&source=externalbydocnumber&table=F69A27FD8FB86142BF01C11
66DEA398649](http://cmiskp.echr.coe.int/tkp197/view.asp?action=open&documentId=883174&por-
tal=hbkm&source=externalbydocnumber&table=F69A27FD8FB86142BF01C11
66DEA398649)

[http://cmiskp.echr.coe.int/tkp197/view.asp?action=html&documentId=883169&
por-
tal=hbkm&source=externalbydocnumber&table=F69A27FD8FB86142BF01C11
66DEA398649](http://cmiskp.echr.coe.int/tkp197/view.asp?action=html&documentId=883169&
por-
tal=hbkm&source=externalbydocnumber&table=F69A27FD8FB86142BF01C11
66DEA398649)

KONFERENZ IN BUDAPEST DISKUTIERT ERGEBNISSE DES EU- AKTIONSPANS ZUR ERWACHSENENBILDUNG AUS DEM JAHR 2007

Auf einer Konferenz in Budapest diskutierten vom 07.-09.03.2011 mehr als 250
Experten über die Ergebnisse des EU-Aktionsplans zur Erwachsenenbildung
aus dem Jahr 2007. Hintergrund war ein Arbeitspapier der Kommission von
Anfang März, in dem sie über die im Bereich der Erwachsenenbildung seit
2007 erzielten Fortschritte berichtet hatte. Die Ergebnisse der Konferenz sollen
in die Entwicklung eines neuen Aktionsplans zur Erwachsenenbildung ein-
fließen, den die Kommission im Laufe dieses Jahres vorzulegen beabsichtigt.

http://ec.europa.eu/education/grundtvig/doc/sec271sum_de.pdf

http://ec.europa.eu/education/grundtvig/doc/sec271_en.pdf

<http://adultlearning-budapest2011.teamwork.fr/>

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT STUDIE ZUM GEBRAUCH VON INDIKATOREN IM BEREICH DER JUGENDPOLITIK

Eine von der Kommission veröffentlichte Studie gibt darüber Auskunft, wie die
Mitgliedstaaten im Bereich der Jugendpolitik von Indikatoren Gebrauch
machen. Der Bericht enthält im Anhang Länderprofile für alle an der Studie
beteiligten Staaten, darunter auch Deutschland.

http://ec.europa.eu/youth/pub/pdf/indicators_en.pdf



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

EUROPÄISCHER FORSCHUNGSRAT STARTET NEUES FÖRDERPROGRAMM FÜR FORSCHUNGS-SPIN-OFFS

Der europäische Forschungsrat (ERC) startet am 29.03.2011 mit „Proof of Concept“ ein neues Förderprogramm, um Spin-Offs aus Forschungsprojekten zur Marktreife zu verhelfen. Bis zu 150.000 € werden Forschern mit ERC-Grants zur Verfügung gestellt, um die Lücke zwischen innovativen Forschungsergebnissen und dem Stadium der ersten Marktreife zu überbrücken. Nach Ansicht von Forschungskommissarin *Geoghegan-Quinn* ist gerade der erste Schritt auf den Markt aufgrund des Kapitalmangels der schwerste. „Proof of Concept“ werde vielversprechenden Projekten über diese entscheidende Klippe, an der viele gute Ideen verloren gingen, helfen und dazu beitragen, den Nutzen der EU-geförderten Spitzenforschung zu erhöhen.

http://erc.europa.eu/pdf/ERC_PR_Proof_of_Concept.pdf

VIERTES EUROPÄISCHES UNIVERSITÄTS- UND WIRTSCHAFTSFORUM IN BRÜSSEL: NEUE VERNETZUNGSINSTRUMENTE VORGESTELLT

Am 22./23.03.2011 veranstaltete Kommissarin *Androulla Vassiliou* mit hochrangigen europäischen Wissenschafts- und Wirtschaftsvertretern das vierte „European University Business Forum“. Im Zentrum der Konferenz mit 300 Teilnehmern standen die Rolle der Universitäten als Bindeglied zwischen Bildung und Arbeitswelt sowie die Diskussion neuer Ansätze zur Förderung von Kreativität, Initiative und Unternehmergeist. Den Universitäten komme dabei nach den Worten von Kommissarin *Vassiliou* eine Schlüsselrolle zu. In diesem Zusammenhang wiederholte sie die Ankündigung der für Herbst 2011 vorgesehenen Kommissionsmitteilung zur Modernisierung der Hochschulbildung, ohne allerdings näher auf deren Inhalte einzugehen. Gleichzeitig wurden in informeller Weise Hinweise auf konkrete neue Fördermechanismen zirkuliert.

http://ec.europa.eu/education/higher-education/doc2844_en.htm

EUROPÄISCHE STUDIERENDENVERTRETUNG KRITISIERT VERZÖGERUNGEN BEIM BOLOGNA-PROZESS

Anlässlich des letzten Halbjahrestreffens der internationalen Bologna-Gruppe im ungarischen Gödöllö am 17.03.2011, kritisierte die Europäische Studierendenvertretung (ESU), dass es nicht gelungen sei, den Bologna-Prozess und



damit die Harmonisierung der europäischen Bildungslandschaft wiederzubeleben. Obwohl die Implementierung der Bologna-Reformen weiterhin nur langsam vorwärts gehe, hätte das Treffen wenig Bereitschaft dazu vermittelt, konkrete Initiativen vorzuschlagen.

<http://www.esu-online.org/news/article/6001/62/>

EU-ONLINE-REGISTER FÜR KLINISCHE ARZNEIMITTELPRÜFUNGEN

Am 22.03.2011 hat die Kommission ein Register für genehmigte klinische Arzneimittelprüfungen, die in der EU gegenwärtig durchgeführt werden, ins Netz gestellt. Es soll v. a. Patienten, Angehörigen von Gesundheitsberufen, der Wissenschaft und der Industrie einfachen Zugang zu Informationen über solche klinischen Prüfungen verschaffen und damit die Arzneimittelforschung transparenter gestalten und Mehrfachprüfungen vermeiden. Das Register wird von der Europäischen Arzneimittel-Agentur als Teil der zentralen EudraPharm-Datenbank, die weitere Informationen über in der EU zugelassene Arzneimittel enthält, verwaltet.

Register für klinische Prüfungen:

<https://www.clinicaltrialsregister.eu/>

Weitere Informationen zu klinischen Prüfungen:

http://ec.europa.eu/health/human-use/clinical-trials/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES AM 24. - 25.03.2011 IN BRÜSSEL – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUG

Am 25.03.2011 befassten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs mit den Konsequenzen des Unfalls in der japanischen Kernkraftanlage Fukushima Dai-ichi. Der Europäische Rat (ER) beschloss eine umfassende und transparente Risiko- und Sicherheitsbewertung ("Stresstest") für alle 143 europäischen Kernkraftwerke. Die Tests sollen durch unabhängige nationale Behörden erfolgen, die dabei einer gegenseitigen Begutachtung ("peer review") unterliegen. Die Ergebnisse der Untersuchungen werden von der Kommission an den Rat berichtet. Der ER wird den Bericht bis Ende 2011 beraten. Des Weiteren wird die EU ihre Nachbarländer und UN-weit Staaten dazu auffordern, ähnliche Tests durchzuführen. Es wurde weiterhin beschlossen, das bestehende EU-Regelwerk zu Sicherheit von Kernanlagen zu über-



prüfen. Bis Ende 2011 sollen mögliche Verbesserungen von der Kommission vorgeschlagen werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/120313.pdf

TAGUNG DES RATES DER UMWELTMINISTER AM 14.03.2011 IN BRÜSSEL

Am 14.03.2011 tagte der Rat der Europäischen Union für Umwelt (Umwelt-Rat) in Brüssel. Die Umweltminister erzielten hierbei eine politische Einigung in erster Lesung über die Neufassung der Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte und führten u. a. Aussprachen zu nationalen Anbauverboten für gentechnisch veränderte Organismen, den Umwelt- und Klimazielen bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP – s. auch Beitrag des StMELF in diesem EB) und verabschiedeten Schlussfolgerungen zu Folgemaßnahmen zur Klimakonferenz von Cancún. Des Weiteren stellte die Kommission erstmalig den Umweltministern den „Fahrplan für eine emissionsarme Wirtschaft bis 2050“ vor sowie die österreichische Delegation eine Initiative zu Tragetaschen aus Kunststoff.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/119886.pdf

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 17.03.2011 IN BRÜSSEL

Auf ihrer Sitzung am 17.03.2011 in Brüssel wurden die Agrarminister u. a. von der Kommission über mögliche Auswirkungen des nuklearen Zwischenfalls in Japan auf die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln in die EU informiert. Desweiteren erläuterte der Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik, *John Dalli*, die Ergebnisse einer Evaluierung der europäischen Tierschutzpolitik (s. auch Beitrag des StMELF in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/120011.pdf

KOMMISSION LEGT WEISSBUCH VERKEHR VOR: VERKEHRSSSEKTOR SOLL BIS 2050 60 % EMISSIONEN REDUZIEREN

Die Kommission hat am 28.03.2011 das Weißbuch Verkehr mit dem Titel „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ vorge-



legt. Mit 40 konkreten Maßnahmenvorschlägen für die nächsten Jahre will sie für alle Verkehrsträger einen einheitlichen europäischen Verkehrsraum für mehr Wettbewerb schaffen. Ein vollständig integriertes Verkehrsnetz soll die verschiedenen Verkehrsträger miteinander verknüpfen („Multimodaler Verkehr“). Klima-politisch ist es das Ziel der Kommission, bis zum Jahr 2050 eine Reduzierung der verkehrs-bedingten CO₂-Emissionen um 60 % zu erreichen (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/transport/strategies/doc/2011_white_paper/white_paper_com\(2011\)_144_de.pdf](http://ec.europa.eu/transport/strategies/doc/2011_white_paper/white_paper_com(2011)_144_de.pdf)

WASSERKNAPPHEIT UND DÜRRE – BLAUPAUSE WASSER IM JAHR 2012

Zum Weltwassertag am 22.03.2011 hat die Kommission einen Bericht (KOM(2007) 414) über die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Wasserknappheit und Dürre vorgestellt. In Folge des Klimawandels und der nicht nachhaltigen Bewirtschaftung der wertvollen Ressource Wasser dürfte nach der Studie bis zum Jahr 2050 Wassermangel zu einem EU-weiten Problem werden. Die Kommission will daher dieses Themenfeld zu einem Teil der für 2012 geplanten grundlegenden Überprüfung der EU-Wasserpolitik (Blaupause Wasser 2012) machen.

http://ec.europa.eu/environment/water/quantity/scarcity_en.htm

EUROBAROMETER – ÖKO-INNOVATIONEN ZUR BEWÄLTIGUNG VON KOSTENSTEIGERUNGEN UND MATERIALKNAPPHEIT

Am 22.03.2011 hat die Generaldirektion Umwelt der Kommission die Ergebnisse der Eurobarometer-Studie (Nr. 315) auf dem 10. Europäischen Forum für Umweltinnovation im englischen Birmingham präsentiert. Ziel der Umfrage war es, die Einstellung europäischer Unternehmen zur Umweltinnovation, d. h. zu Produkten, Verfahren sowie anderen Lösungen, die einen Beitrag zum Umweltschutz und einem verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen leisten, zu erörtern. Demnach gehen 90 % der befragten Unternehmen von weiteren Preissteigerungen, insbesondere einem Anstieg der Energiepreise, in den nächsten Jahren aus. Angesichts knapper werdender Ressourcen sowie den damit einhergehenden Preisschwankungen ist die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft demnach zunehmend gefährdet. Insgesamt beteiligten sich 5.222 kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) aus



27 Mitgliedstaaten.

http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_315_en.pdf

STATISTIK ZUR VERWERTUNG VON HAUSMÜLL IN DER EU

Am 08.03.2011 hat das Statistische Amt der Europäischen Union, Eurostat, eine Auswertung veröffentlicht, wie die Mitgliedstaaten im Jahr 2009 mit kommunalen Abfällen verfahren sind. Dabei zeigt sich, dass das Aufkommen kommunaler Abfälle deutlich variiert: Dänemark produziert mit 833 kg pro Person die höchste Abfallmenge, Deutschland liegt mit 557 kg pro Person im oberen Mittelfeld und sowohl Polen als auch die Tschechische Republik erzeugen mit 316 kg pro Person die geringste Menge. Allerdings gehört Deutschland mit Schweden, Österreich und den Niederlanden zu der Spitzengruppe, bei der nur ca. 1 % des Hausmülls auf Deponien landet.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/waste/data/sectors/municipal_waste

EU-ONLINE-REGISTER FÜR KLINISCHE ARZNEIMITTELPRÜFUNGEN

Am 22.03.2011 hat die Kommission ein Register für genehmigte klinische Arzneimittelprüfungen, die in der EU gegenwärtig durchgeführt werden, ins Netz gestellt. Es soll v. a. Patienten, Angehörigen von Gesundheitsberufen, der Wissenschaft und der Industrie einfachen Zugang zu Informationen über solche klinischen Prüfungen verschaffen und damit die Arzneimittelforschung transparenter gestalten und Mehrfachprüfungen vermeiden. Das Register wird von der Europäischen Arzneimittel-Agentur als Teil der zentralen EudraPharm-Datenbank, die weitere Informationen über in der EU zugelassene Arzneimittel enthält, verwaltet.

Register für klinische Prüfungen:

<https://www.clinicaltrialsregister.eu/>

Weitere Informationen zu klinischen Prüfungen:

http://ec.europa.eu/health/human-use/clinical-trials/index_en.htm

FORTSCHRITTE BEI DER BEKÄMPFUNG VON SALMONELLEN

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) haben am 22.03.2011 ihren gemeinsamen Bericht über Entwicklungen und Ursachen von Zoonosen in der EU 2009 veröffentlicht. Aufgrund der u. a. von den



27 Mitgliedstaaten gemeldeten Daten ergibt sich ein signifikanter Rückgang der Anzahl von Salmonellen-Erkrankungen bei Menschen innerhalb der letzten fünf Jahre. Dieser positive Trend wird v. a. den EU-Maßnahmen zur Bekämpfung von Salmonellen bei der Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 zugeschrieben, nach welcher die Mitgliedstaaten anhand bestimmter Zielvorgaben verstärkt Kontrollprogramme und Handelsbeschränkungen für Erzeugnisse aus befallenen Geflügelbeständen eingeführt haben.

<http://www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/doc/2090.pdf>

BAYERISCHES RINDFLEISCH EUROPaweIT GESCHÜTZT

Das „Bayerische Rindfleisch“ ist seit dem 22.03.2011 europaweit geschützt. Die Bezeichnung „Bayerisches Rindfleisch“ oder „Rindfleisch aus Bayern“ wurde von der Kommission als geographisch geschützte Angabe (g. g. A.) in das europäische Register regionaltypischer Spezialitäten aufgenommen. Nur Rindfleisch, das genau festgelegte Herkunfts- und Qualitätsanforderungen erfüllt, darf diese Bezeichnung tragen. Der Antrag auf Eintragung wurde von der Landwirtschaftlichen Qualitätssicherung Bayern (LQB) gestellt und nach langjährigem Prüfverfahren genehmigt.

Verordnung der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:076:0036:0037:DE:PDF>

Weitere Informationen zum Herkunftsschutz:

www.spezialitaetenland-bayern.de

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

EU WILL ONLINE-ZUGÄNGLICHKEIT VERWAISTER WERKE VEREINFACHEN

Die für die Digitale Agenda zuständige Kommissarin *Neelie Kroes* hat sich am 10.03.2011 in Brüssel im Rahmen der Präsentation des EU-finanzierten Portals zur Rechtlklärung ARROW (Accessible Registries of Rights Information and Orphan Works towards Europeana) für eine vereinfachte Klärung der Rechte an verwaisten Werken ausgesprochen. Dadurch soll die Online-Verfügbarkeit dieser Werke verbessert und ein Beitrag zur Erweiterung der digitalen Bibliothek Europeana (EB 01/11) geleistet werden.



Nähere Informationen unter:

http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/news.cfm?redirection=1&item_type=news&tpa_id=122

<http://www.arrow-net.eu/news/arrow-project-presents-its-results-substantial-benefits-using-arrow-retrieving-copyright-inform>

EP FASST ENTSCHEIDUNG ZUM UNGARISCHEN MEDIENGESETZ

Das EP hat im Plenum am 10.03.2011 eine Entschließung verabschiedet, in der es u. a. die von Ungarn vorgenommenen Änderungen am Mediengesetz (EB 04/11) als nicht ausreichend kritisiert und die Kommission zu weitergehenden Schritten auffordert. Darüber hinaus wird in der Resolution von der Kommission noch in diesem Jahr ein Richtlinienvorschlag zu Medienfreiheit, Medienpluralismus und unabhängiger Medienverwaltung gefordert. Insbesondere Bulgarien, Rumänien, Tschechien, Estland und Italien gäben hier „Anlass zu ernster Sorge“.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=->

[//EP//NONSGML+MOTION+B7-2011-](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+MOTION+B7-2011-)

[0191+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+MOTION+B7-2011-0191+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM->

[PRESS+20110310IPR15259+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20110310IPR15259+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

<http://www.eppgroup.eu/press/showpr.asp?prcontroldoctypeid=1&prcontrolid=10168&prcontentid=17231&prcontentlg=en>

ANHÖRUNG DER KOMMISSION ZUR ZUKUNFT DES MEDIA-PROGRAMMS

Die Kommission hat am 18.03.2011 im Rahmen einer öffentlichen Anhörung mit über 300 Vertretern der Filmbranche über die Zukunft des MEDIA-Programms diskutiert (EB 05/11). Dabei bekräftigte *Vladimir Sucha*, Direktor im Bereich Kultur, Mehrsprachigkeit und Kommunikation in der Generaldirektion Education and Culture (EAC), dass es keinerlei Kürzungsabsichten beim Budget gebe. Die Anhörung solle allein dazu dienen, Informationen über eine effiziente und ausgewogene Verteilung der Fördermittel zusammenzutragen, um das Programm MEDIA optimal auf die heutigen und künftigen Herausforderungen ausrichten zu können. Im Zuge der Neuordnung der MEDIA-Programme hat die Kommission außerdem eine Online-Konsultation zum Förderprogramm MEDIA-MUNDUS gestartet, die bis zum 23.05.2011 läuft.



Informationen zur Anhörung:

http://ec.europa.eu/culture/media/programme/overview/news/publichearing_en.htm

Online-Konsultation:

http://ec.europa.eu/culture/media/mundus/public_consultation/index_en.htm

Auswertung der Konsultation zum MEDIA Programm von letztem Jahr:

http://ec.europa.eu/culture/media/programme/docs/overview/online_consultation_summary_en.pdf

Pressemitteilung der EP-Kulturausschussvorsitzenden *Doris Pack*:

[http://www.dorispack.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=320&tx_ttnews\[backPid\]=8&cHash=31d9ab5572](http://www.dorispack.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=320&tx_ttnews[backPid]=8&cHash=31d9ab5572)

TELEKOM-STEUERN: KOMMISSION BESCHLIESST MASSNAHMEN GEGEN DREI MITGLIEDSTAATEN

Die Kommission hat am 14.03.2011 Maßnahmen gegen die in drei Mitgliedstaaten erhobenen Abgaben auf den Umsatz von Unternehmen der Telekommunikationsbranche beschlossen. Frankreich und Spanien, gegen die im Oktober 2010 bereits ein Mahnverfahren eingeleitet worden war (EB 17/10), werden danach vor dem EuGH verklagt, gegen Ungarn wird ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Nähere Informationen unter:

<http://www.euractiv.de/digitale-agenda/artikel/eu-verklagt-frankreich-und-spanien-wegen-telekom-steuern-004502>

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecom/implementation_enforcement/infringement/index_en.htm